

## Zürich

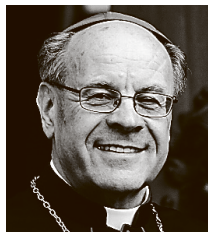
## Chur spricht der Zürcher Kirche das Kirchesein ab

Bischof Vitus Huonder verlangt von der gesamten Zürcher Regierung eine Entschuldigung für die kritischen Äusserungen von Justizdirektor Graf.

Von Michael Meier

Chur/Zürich - Der Streit zwischen dem Churer Bischof und der Zürcher Kantonsregierung spitzt sich zu. Vitus Huonder hat gestern eine offizielle Anfrage an die Gesamtregierung des Kantons Zürich gerichtet. Der Bischof will wissen, wie sie zu den Aussagen von Justizdirektor Martin Graf (Grüne) steht. Graf hatte am Freitag, bei der Medienkonferenz zum 50-Jahr-Jubiläum der Römisch-Katholischen Körperschaft des Kantons Zürich, die katholische Glaubenslehre in gewissen Punkten als rückständig hingestellt. Er bezeichnete Chur und Rom als «geschützte Werkstatt», «wo offenbar die Zeit im späten Mittelalter stehen geblieben» sei. Sowohl in Chur als auch in Rom würden die Kirchenoberhäupter an verfassungsrechtlich geschützten Grundrechten vorbeipredigen (TA vom Montag). Graf spielte damit auf den Zölibat an, auf die Nichtzulassung von Frauen zum Priesteramt und von wiederverheirateten Geschiedenen zur Kommunion.

Laut Bischof Huonder verstösst Graf mit seinen Aussagen gegen die Religionsfreiheit und spricht der katholischen Kirche das Existenzrecht nach ihrem Selbstverständnis ab. Der Bischof hofft nun auf eine öffentliche Distanznahme der Regierung sowie eine Entschuldigung von Martin Graf.



Vitus Huonder.

Gemäss Communiqué konfrontiert der Bischof die Regierung mit massiven Vorwürfen: Der Kanton Zürich erkenne bis heute durch seine Gesetzgebung die römisch-katholische Kirche in ihrem Selbstverständnis nicht. «Auch werden deren Repräsentanten, der Bischof von Chur und der Papst, als offizielles Gegenüber ignoriert.» Stattdessen organisiere der Kanton Zürich die in ihm wohnenden Katholikinnen und Katholiken seit 50 Jahren in Institutionen, die er selber geschaffen habe. «Diese sind aber nicht Teil der römisch-katholischen Kirche und stehen auch strukturell im Widerspruch zum Wesen der Kirche.» Es sind dies Vorwürfe, die Generalvikar Martin Griching immer wieder gegen die seit 50 Jahren bestehende Doppelstruktur der Zürcher Kirche, insbesondere gegen die staatskirchenrechtlichen Instanzen wie Körperschaft, Kirchengemeinden und Synode erhebt.

**Kägi: «Selber verantwortlich»**

Weiter heisst es im Communiqué: «Das Ignorieren der eigentlichen katholischen Kirche und ihrer offiziellen Vertreter kontrastiert dann umso stärker mit der Tatsache, dass deren Existenz der Zürcher Regierung durchaus bekannt ist: sobald es darum geht, sie oder die offizielle katholische Glaubenslehre öffentlich zu kritisieren.» Gemäss Benjamin Tommer, dem Sprecher von Martin Graf, wird der Regierungsrat frühestens morgen Mittwoch über Huonders Anfrage und eine allfällige Antwort diskutieren.

Auch im Kantonsrat gaben Grafs Äusserungen zu reden (siehe unten). SVP-Regierungsrat Markus Kägi sagte am Rande der gestrigen Parlamentsdebatte: «Jeder Regierungsrat ist primär selber verantwortlich für das, was er sagt.» Er kommentiere Grafs Kritik an der katholischen Kirche nicht, nehme sie aber zur Kenntnis.

## Gesehen &amp; gehört

## «Zero Points» für Graf

Nach zwei Amtsjahren ist beim grünen Regierungsrat **Martin Graf** klar: Die Diplomatie gehört nicht zu seinen Kernkompetenzen. Regelmässig schafft er es mit seinen Äusserungen in die Schlagzeilen. Kürzlich hat er mit einem Artikel für die 1:12-Initiative Staub aufgewirbelt - und nun hat er ausgerechnet bei einem Jubiläum Anlass für die Katholiken den Churer Bischof **Vitus Huonder** provoziert. Sympathiepunkte hat sich Graf damit auch in der Politik keine geholt, nicht einmal unter seinesgleichen. Die grüne Fraktionschefin **Esther Guyer**, die mit der Kirche nicht viel am Hut hat und schon gar nicht mit der katholischen, findet Grafs Attacke falsch: «Ich hätte mich nie mit einem so mächtigen Gegner angelegt.» Der Alternative **Markus Bischoff**, selber Katholik, stellt Graf in den Senkel: «Der Staat hat sich nicht in die Kirchenpolitik einzumischen und ist sicher nicht der Sittenwächter in der Religion.» Selbst der konfessionslose FDP-Fraktionschef **Thomas Vogel** hätte von Graf einen konstruktiveren Umgang mit einem wichtigen Gesprächspartner erwartet, aber: «Immerhin hat er sich diesmal zu einem Thema geäussert, das ihn als Kirchenminister auch etwas angeht.» Für Vogel ist die Kirche «ein Verein», dem man sich freiwillig anschliesst. Er selber hat das nicht getan, obwohl er als Halbwüchsiger einst in der Cevi einen Chor dirigierte. Vogel ist glücklich ohne Kirche - auch aus finanziellen Gründen. Er musste zwar auf Götli- und Konfirmationsbatzen verzichten, dafür muss er seit über 20 Jahren keine Kirchensteuern zahlen. **Thea Mauchle** (SP) ist als Katholikin aus dem «weltoffeneren Bistum St. Gallen» steuerpflichtig. Für sie ist Grafs «reisserische» Kritik kontraproduktiv. Auf diese Art erreiche man nichts, im Gegenteil: «So verschliesst sich der Churer Bischof noch mehr.» Grafs Ehefrau, **Esther Hildebrand**, war gestern nicht im Kantonsrat, aber nicht weil sie unangenehme Journalisten-Fragen aus dem Weg gehen wollte. Sie war an einer Weiterbildung.

Überraschend hat der katholische SVP-Kantonsrat **Claudio Zanetti** aus dem Bündnerland keinen einzigen Tweet zu Martin Graf abgesetzt. Er war übers Wochenende mit einem anderen Fall beschäftigt. Zanetti hatte vor kurzem einen notorischen Querulanten angezeigt, der ihm schon mehrfach Morddrohungen geschickt und ihn als «hirnamputierten Waschlappen» oder als «Abschaum der Menschheit» beschimpft hatte. Trotzdem will die Staatsanwaltschaft nicht gegen den Querulanten ermitteln. Die Polizei schätze den Mann als ungefährlich ein, schreibt die NZZ. Zanetti wittert in dieser Verfahrenseinstellung ein politisches Anti-SVP-Manöver. Was er über Twitter bereits verbreitete, teilte er auch dem Kantonsrat in einer persönlichen Erklärung mit. Der Mann hat in der Schweiz rund 2000 Stellen mit seinen Angriffen auf Trab. «Was braucht es eigentlich, damit unsere Staatsanwaltschaft gegen einen Modell-Querulanten wie diesen vorgeht?», fragte Zanetti. Das fragt sich auch CVP-Fraktionschef **Philipp Kutler**. Er leitete aber Zanettis Rede geschickt auf die eigene Mühle. Die CVP habe das Querulantenamt mit zwei Vorstössen zur Früherkennung und zum Datentransfer bekämpfen wollen. Doch sie seien leider abgelehnt worden - auch von Claudio Zanetti. Darum findet Kutler: «Herr Zanetti sollte sich auch über sich selber ärgern.»

\*

Schadenfreude verspürte gestern **Esther Guyer**, als die SP-Fraktion bei der AKW-Abstimmung nicht geschlossen stimmte. «Hast du deine Fraktion nicht im Griff?», rief sie nach hinten zu SP-Fraktionschef **Raphael Golta**. «Das ist die neue Freiheit und der neue Liberalismus in der SP», erwiderte dieser. Es tönte wie das Buhlen eines linken Stadtratskandidaten um bürgerliche Stimmen. Bei der nächsten Abstimmung war übrigens wieder alles wie immer. Alle stimmten geschlossen, ausser die Grünen von **Esther Guyer**. **Daniel Schneebeli**

## Kantonsrat will Atomkraft noch nicht aufgeben

Die Linke wollte die Planung neuer AKW in Beznau und Mühleberg stoppen. Doch die bürgerliche Mehrheit will an der Option mit Atomstrom festhalten.

Von Lorenzo Petrò

Zürich - Der Kanton Zürich zieht die Rahmengesuche für den Ersatz der Atomkraftwerke Beznau und Mühleberg nicht zurück. Das hat der Kantonsrat gestern mit 93 zu 71 Stimmen beschlossen. Weil der Kanton mit 38 Prozent als grösster Aktionär an der Axpo beteiligt ist, hatten GLP, BDP und CVP nach Fukushima einen Rückzug der Gesuche gefordert. Der Bau von zwei neuen AKW liege «völlig quer in der Landschaft».

Doch der Ruf nach einer klaren Weichenstellung Richtung erneuerbare Energie war zu schwach: Der Regierungsrat lehnte das Postulat ab. Ebenso die Kantonsrätliche Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt. Weder sei die Energiestrategie 2050 des Bundes verabschiedet, noch liege der neue Energieplanungsbericht des Kantons vor. Der Atomausstieg, wenn auch aufgegleist, werde erst durch eine Volksabstimmung 2015 oder 2016 beschlossen.

Zudem fürchtet der Regierungsrat Entschädigungsforderungen wegen der bereits getätigten Vorleistungen der Axpo für die beiden Rahmenbewilligungsgesuche. Bei einem Rückzug der Gesuche müsste die Axpo - und damit die Kantone - die Kosten in zweistelliger Millionenhöhe dafür allein tragen. Solange die Gesuche beim Bund hängig seien, bleibe diese Frage offen.

**Gefährliche «Denklücke»**

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur) hatte wenig übrig für die zögerliche Politik des Regierungsrats. Gefährlich sei nicht die Stromlücke, die drohe, viel gefährlicher sei die Denklücke, die sich immer weiter aufte, sagte er. Den Energieplanungsbericht habe der Regierungsrat bereits um zwei Jahre auf 2014 verschoben. «Das ist fatal.» Der Kanton Zürich müsse endlich eine eigenständige Strompolitik fahren und sie nicht an die Axpo delegieren. Die Strategie ist für den Grünen klar: Strom sparen durch Effizienzsteigerung, den verbliebenen Verbrauch durch erneuerbare Energie ersetzen und aus der Atomkraft aussteigen. Im Papier zur heutigen Debatte sei das Scheitern der kantonalen Energiepolitik in einer Dichte komprimiert, die wehtue beim Lesen.

Regula Käser (Grüne, Kloten) fürchtet auch allfällige Entschädigungsforderungen nicht. «Die Axpo hat aufs falsche Pferd gesetzt. Das Unternehmen hat die Rahmenbewilligung eingereicht, als Atomkraft wieder salonfähig wurde.» Ein unternehmerisches Risiko, das sie selber zu tragen habe. Fukushima habe kurz darauf gezeigt, was für eine Büchse der Pandora man damit aufte. «Warum sieht man bei der Axpo nicht, dass das Zeitalter der Atomkraft vorbei ist?» Nun auf eine Entschädigung zu spekulieren, sei nur noch frech von den Verantwortlichen. «Sie sollen auf ein besseres, jüngeres und gesünderes Pferd setzen.»

Etwas versöhnlicher formulierte es **Barbara Schaffner** (GLP, Otelfingen). Sie präsentierte den Antrag einer Minderheit der Kommission, der zwar den Ersatz der Kernkraftwerke ebenfalls möglich liess, jedoch klar formulierte, dass



Das Gesuch für eine Erneuerung des AKW Beznau läuft weiter. Foto: Keystone

dies nicht der Wunsch des Kantonsrates sei. «Wichtig ist, dass kein Geld mehr in die Planung von Atomkraftwerken gesteckt wird.» Der Bau eines solchen sei in den nächsten Jahren ohnehin unrealistisch. Es gehe hier um Symbolpolitik, vergleichbar mit dem Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs. Unterstützung erhielt sie von Patrick Hächler (CVP, Gossau).

**Versorgung gewährleisten**

Der Rat wollte sich jedoch alle Optionen offenhalten und stimmte mit Alex Gantner (FDP, Maur). «Bleiben wir für den Moment besonnen und ruhig», sagte er. Das Gesuch sei wenige Tage nach Fukushima bereits sistiert worden. Schneller könne es nicht gehen, «und schneller ging es in keinem Land». Nun gehe es um die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Erst wenn die Strategie des Bundes klar sei, könne das Gesuch zurückgezogen werden. «Alles andere wäre eine Torpedierung unserer Handlungsmöglichkeiten.» Dem stimmte auch die BDP zu. Diese stehe hinter dem Aus-

stieg. «Wir binden uns aber nicht an eine Jahreszahl», sagte Cornelia Keller (BDP, Gossau).

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) reduzierte die Debatte aufs Finanzielle: «Es geht hier nicht um Energiepolitik und Atomausstieg.» Es gehe vielmehr darum, grossen Schaden vom Kanton abzuwenden. Und er nahm die Axpo in Schutz: «Die haben nicht von sich aus gesagt, wir wollen dieses Geld in den Sand setzen.» Mit dem Rahmengesuch sei das Unternehmen einem Auftrag des Bundes nachgekommen.

SVP-Regierungsrat und Baudirektor Markus Kägi warnte ebenfalls davor, Symbolpolitik zu betreiben, die teuer werden könne. Die Kritik an der zögerlichen kantonalen Energiestrategiepolitik gab er nach oben weiter: «Auch wir warten sehnsüchtig auf die Entscheidung vom Departement von Bundesrätin Doris Leuthard.» Im September, so hoffe er, sei die bundesrätliche Strategie klar, sodass noch dieses Jahr die kantonale Strategie vorgelegt werden könne.

## SVP fordert Skos-Austritt

Zürich - Die SVP Fraktion hat gestern im Kantonsrat den Austritt aus der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (Skos) gefordert. Die Skos-Richtlinien sollen für die Gemeinden nicht mehr verbindlich sein. «8000 Zürcher Steuerzahler mit tiefem Einkommen müssen mit weniger auskommen als viele Sozialhilfebezügler», sagte Willy Haderer (Unterengstringen). Es müsse dem «sozialistischen Diktat» der Skos ein Riegel geschoben werden. Der Unmut gegenüber den Auflagen sei nach dem Vorfall in Berikon noch einmal gestiegen. Die aargauische Gemeinde wurde vom Bundesgericht zurückgepfiffen, weil sie einem heute 22-jährigen renitenten Mann die Sozialhilfe gestrichen hatte. Er hatte jegliche Zusammenarbeit verweigert und keine Hilfe angenommen.

Aus dem gleichen Grund sind bereits die st.-gallische Gemeinde Rorschach und vor wenigen Tagen auch die Stadt Dübendorf aus der Konferenz ausgestiegen. In Dietikon ist ein entsprechender Vorstoss hängig.

Für SVP-Kantonsrat Claudio Schmid (Bülach) sind die Skos-Richtlinien zu Fahrzeugen ein besonderer Ärger. Er verlangte mit einer parlamentarischen Initiative, dass Sozialhilfebezügler kein Auto fahren dürfen. Abweichend von den Richtlinien sollen die Betriebskosten für ein Motorfahrzeug in Abzug gebracht werden. Ausser wenn die berufliche Situation, Krankheit oder Behinderung ein Auto unbedingt nötig machen. Mit einem generellen Autoverbot für Sozialhilfebezügler war die SVP im Kantonsrat Anfang Jahr gescheitert. (lop)

## Gestern im Kantonsrat

**FDP für weniger grosse Strassen**

Das Postulat der FDP zur Überarbeitung von Zugangsnormen hat der Rat mit 109 zu 50 Stimmen überwiesen. Zufahrtsstrassen zu Siedlungen sollen so gestaltet werden, dass sie dem Prinzip der inneren Verdichtung durch schonenderen Landverbrauch gerecht werden.

**Heimarbeit für Kantonsangestellte**

Mit 85 zu 76 Stimmen hat der Kantonsrat ein Postulat der Grünen überwiesen, das die Dezentralisierung von Arbeitsplätzen in der kantonalen Verwaltung anregt. Dies allerdings nur, wenn dafür keine neue Infrastruktur gebaut werde, fanden die übrigen Parteien.

**Bäume bereits gut genug geschützt**

Eine GLP-Motion zum Schutz älterer Bäume im Planungs- und Baugesetz hatte keine Chance. (lop)